

SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR REGIONALENTWICKLUNG
01095 Dresden

Regionaler Planungsverband
Leipzig-West Sachsen
Herrn Verbandsvorsitzenden
Landrat Henry Graichen
Bautzner Str. 67
04347 Leipzig
- gegen Empfangsbekenntnis -

Ihr/-e Ansprechpartner/-in
Wolf-Uwe Sponer

Durchwahl
Telefon: +49 351 564 50410
Telefax: +49 351 564 50405

Wolf-Uwe.Sponer@
smr.sachsen.de

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Aktenzeichen
(bitte bei Antwort angeben)
41-2414/3/15-2021/45458

Dresden, 02.08.2021

**Fortschreibung Regionalplan des Regionalen Planungsverbandes
(RPV) Leipzig-West Sachsen**

Antrag auf Genehmigung vom 27. Januar 2021

Sehr geehrter Herr Verbandsvorsitzender,

auf Ihren o. g. Antrag erlässt das Sächsische Staatsministerium für Regionalentwicklung folgenden

Bescheid:

1. Die von der Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbandes Leipzig-West Sachsen am 11. Dezember 2020 beschlossene Gesamtfortschreibung des Regionalplans West Sachsen 2008 wird mit folgenden Maßgaben genehmigt:
 - a.) Die Ausführungen in der Begründung zu diesem Bescheid unter Ziff. II. 2. sind zu beachten.
 - b.) Im Hinblick auf die Erfüllung der Zielsetzungen des EKP 2021 ist eine Teilfortschreibung des Regionalplans zu prüfen.
 - c.) Dieser Bescheid ist der textlichen Darstellung des Regionalplans voranzustellen.
2. Für diesen Bescheid werden keine Kosten erhoben.

Gründe:

I.

Am 19. Dezember 2013 fasste die Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbandes Leipzig-West Sachsen den Aufstellungsbeschluss zur Gesamtfortschreibung des Regionalplans West Sachsen mit Integration der laufenden Teilfortschreibung zum Kapitel 11 nach § 8 ROG (2008) i.V.m. § 4 SächsLPiG (2010).



Hausanschrift:
**Sächsisches Staatsministerium
für Regionalentwicklung**
Archivstraße 1
01097 Dresden

www.smr.sachsen.de

Verkehrsverbindung:
Zu erreichen mit den Straßenbahnlinien 3, 6, 7, 8, 13

Für Besucher mit Behinderungen befinden sich gekennzeichnete Parkplätze am Königsufer. Für alle Besucherparkplätze gilt: Bitte beim Pfortendienst melden.

Bitte beachten Sie die allgemeinen Hinweise zur Verarbeitung personenbezogener Daten durch das Sächsische Staatsministerium für Regionalentwicklung zur Erfüllung der Informationspflichten nach der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung auf www.smr.sachsen.de

Am 29. Mai 2015 beschloss die Verbandsversammlung ein erstes Beteiligungsverfahren der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit zur Mitwirkung an der Ausarbeitung des Planentwurfs und zur Festlegung des Untersuchungsrahmens der Umweltprüfung einschließlich des erforderlichen Umfangs und Detaillierungsgrads des Umweltberichts, erstmalig auch über das Beteiligungsportal des Freistaates Sachsen. Dieses begann am 17. Juli 2015 und endete am 2. Oktober 2015. Die Auswertung der Ergebnisse des ersten Beteiligungsverfahrens nach § 7 Absatz 2 des Raumordnungsgesetzes und die Erarbeitung des Planentwurfs inklusive Umweltbericht erstreckte sich von Oktober 2015 bis Oktober 2016.

Am 21. Oktober 2016 beschloss die Verbandsversammlung die Abwägung für die im Verfahren nach § 10 ROG (2008) i.V.m. § 6 Abs. 1 SächsLPlIG (2010) vorgebrachten Anregungen, Bedenken und Hinweise.

Nach erfolgter Entwurfserstellung wurde mit Beschluss vom 14. Dezember 2017 der Planentwurf für die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 9 und 10 des Raumordnungsgesetzes in Verbindung mit § 6 Absatz 2 des Landesplanungsgesetzes durch die Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbands freigegeben. Die Beteiligung zum Planentwurf mit Begründung und Umweltbericht erfolgte vom 29. Januar 2018 bis 29. März 2018. Das Beteiligungsverfahren wurde mit Bekanntmachung vom 14. Dezember 2017 im Sächsischen Amtsblatt, Amtlicher Anzeiger Nr. 3 vom 18. Januar 2018 öffentlich bekannt gegeben. Der Amtliche Anzeiger im Sächsischen Amtsblatt ist das gemäß Verbandssatzung des Regionalen Planungsverbandes Leipzig-West-sachsen zu nutzende Veröffentlichungsorgan des Verbandes.

Die Planauslegung erfolgte bei der Landesdirektion Sachsen, den beiden Landkreisen Leipzig und Nordsachsen, der Stadt Leipzig sowie in der Verbandsverwaltung des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West-sachsen. Im Auslegungszeitraum wurde der Planentwurf außerdem über das Beteiligungsportal des Freistaates Sachsen in das Internet eingestellt. Mit Schreiben vom 8. Januar 2018 wurden die Träger öffentlicher Belange über den Entwurf in Kenntnis gesetzt und um Abgabe von Stellungnahmen gebeten. Gleichzeitig erging die Aufforderung an die Träger öffentlicher Belange mit Umweltbezug um Stellungnahme zum Umweltbericht.

Die vorgebrachten Hinweise, Anregungen und Bedenken zum Entwurf wurden in der Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbands am 24. Mai 2019 und 13. Dezember 2019 beraten und im Ergebnis wurde mit Beschluss am 7. Mai 2020 veranlasst, dass aufgrund der Änderungen im Festlegungsteil ein erneutes Beteiligungsverfahren gemäß §§ 9 und 10 des Raumordnungsgesetzes in Verbindung mit § 6 Absatz 2 des Landesplanungsgesetzes durchzuführen ist. Dazu wurde der geänderte Planentwurf insgesamt erneut ausgelegt. Die Öffentlichkeit wurde darüber mit öffentlicher Bekanntmachung vom 7. Mai 2020 im Sächsischen Amtsblatt, Amtlicher Anzeiger Nr. 21 vom 22. Mai 2020 unterrichtet. Mit Schreiben vom 11. Mai 2020 unterrichtete der Regionale Planungsverband die Träger öffentlicher Belange über die Auslegung und leitete diesen den geänderten Planentwurf nebst Umweltbericht zu.

Im Zeitraum vom 2. Juni 2020 bis 3. Juli 2020 lag der geänderte Planentwurf, in dem die Änderungen besonders kenntlich gemacht waren, mit Begründung, Umweltbericht und den weiteren Unterlagen erneut an den oben genannten Stellen öffentlich aus und war

im Internet abrufbar. Diesem schloss sich eine erneute Beteiligung nach § 9 Abs. 3 ROG i.V.m. § 6 SächsLPiG im Zeitraum vom 20. Juli 2020 bis 21. August 2020 an.

Die im Rahmen des erneuten Beteiligungsverfahrens nach §§ 9 und 10 des Raumordnungsgesetzes in Verbindung mit § 6 Absatz 2 des Landesplanungsgesetzes vorgebrachten Hinweise, Anregungen und Bedenken zum Entwurf sowie die Abwägungsvorschläge der Verbandsverwaltung waren zuletzt Beschlussgegenstand der Verbandsversammlung am 11. Dezember 2020. An diesem Tag beschloss die Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbands die Gesamtfortschreibung des Regionalplans für die Planungsregion Leipzig-Westsachsen als Satzung. Zugleich wurde die Vorlage des als Satzung beschlossenen Planes zur Genehmigung bei der obersten Raumordnungs- und Landesplanungsbehörde beschlossen.

Der Antrag auf Erteilung der Genehmigung der Gesamtfortschreibung des Regionalplans Westsachsen in Form des Satzungsbeschlusses vom 11. Dezember 2020 ging mit Schreiben vom 27. Januar 2021 im Sächsischen Staatsministerium für Regionalentwicklung am 4. Februar 2021 ein.

II.

1. Die Genehmigung wird auf Grundlage des § 7 Absatz 2 des Landesplanungsgesetzes erteilt.

Die Zuständigkeit als oberste Raumordnungs- und Landesplanungsbehörde ist auf das Staatsministerium für Regionalentwicklung gem. § 19 Abs. 1 SächsLPiG übergegangen.

Die Herstellung des Benehmens mit den sachlich betroffenen Staatsministerien hat ergeben, dass von diesen keine genehmigungsrelevanten Bedenken geltend gemacht wurden.

Der vom zuständigen Regionalen Planungsverband Leipzig-Westsachsen aufgestellte Regionalplan ist verfahrensfehlerfrei zustande gekommen.

2. Zum Inhalt des Regionalplans gilt Folgendes:

Kapitel 2.1.1

Aus Gründen der Verständlichkeit und besseren Erläuterung des LEADER-Ansatzes ist auf S. 43, Absatz 4, der erste Satz „Der LEADER-Ansatz auf den ländlichen Raum bezogenes Instrument der Fachförderung dient der Entwicklung einer gemeinsamen Strategie zur Stärkung der Identität.“ wie folgt zu fassen: „LEADER ist ein Bottom-up-Ansatz zur Entwicklung und Umsetzung einer lokalen Strategie für den ländlichen Raum, welcher das Engagement der lokalen Bevölkerung nutzt und die Entwicklungspotenziale und Bedürfnisse vor Ort besser berücksichtigt.“

Kapitel 2.1.3

Beim Grundsatz G 2.1.3.3, ist der 3. Anstrich wie folgt zu fassen: „...wassergebundene Angebote ~~auszubauen~~ ausgebaut sowie Wohnumfelder gezielt verbessert ...“

Kapitel 2.2.1

Das Ziel Z 2.2.1.4 ist wie folgt zu ergänzen: „... soll vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung an die differenzierten Ansprüche hinsichtlich Wohnformen...angepasst werden.“

Kapitel 3.8

Die Ausführungen zu dem Kapitel 3.8 (Fahrradverkehr) sind in der Weise abzuändern, dass hinsichtlich von Qualitätsstandards an Stelle des Erlasses von 2005 auf die Ausführungen in der Radverkehrskonzeption Sachsen 2019 verwiesen wird. Des Weiteren ist eine redaktionelle Überarbeitung in der Weise vorzunehmen, dass Radwege auf Deichen mit Deichverteidigungswegen kombiniert werden sollen und nicht wie im Text ausgeführt, „vermieden werden“. Statt der Bezeichnung „bituminöse Bauweise“ ist der Begriff „Asphaltbauweise“ zu verwenden. Der Verweis auf den Erlass zur Wegweisung im Sächsennetz Rad ist zu streichen.

Kapitel 5.1

Bei den Zielen Z 5.1.2.1 und Z 5.1.2.2 Begründung 2. Absatz wird ausgeführt: „Der Sachstand der Fortschreibung des EKP ... wird in der Begründung zu Kapitel 5.1.2. und in Anhang 6 ergänzt“. Neben dieser bisher textlich nicht aufgenommenen Ergänzung ist klarzustellen, dass zum Zeitpunkt des Beschlusses der Satzung das EKP 2012 gegolten hat.

Es ist die folgende Änderung in der Begründung beim Ziel Z 5.1.2 Windenergienutzung (Tab. 5.1-1 Harte Tabuzonen, S. 186) vorzunehmen:

von: TH 6 NATURA 2000-Gebiete mit windenergiesensiblen ~~Vogel~~Arten
in: TH 6 NATURA 2000-Gebiete mit windenergiesensiblen Arten

Die redaktionelle Änderung ist zur Anpassung und Umsetzung der Abwägung zu den eingestellten Belangen im Rahmen des Verfahrens nach § 9 Abs. 2 ROG i. V. m. § 6 Abs. 2 SächsLPIG geboten (vgl. Abwägungsprotokoll zu lfd. Nr. 5.1-046, -047, -106, -138, -139, 0141). Zudem ist das Abwägungsergebnis bereits im Anhang 6 „Planungsmethodik für die Festlegung der Vorrang- und Eignungsgebiete zur Nutzung der Windenergie“ in zutreffender Weise enthalten (siehe hierzu S. A-74 sowie Karte A6-2 – Windenergienutzung-Tabuzonen Schutzgebiete Natur und Landschaft).

Kapitel 6.5

Beim Ziel Z 6.5.2 ist der Satz: „Der Standort des zentralen Schulungs- und Referenzzentrums der Sächsischen Polizei soll als Einrichtung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erhalten werden und zur Stärkung des Grundzentrums Dommitzsch beitragen“ wie folgt zu fassen: „Der Standort des Schulungszentrums der sächsischen Polizei soll als zentrale Fortbildungseinrichtung für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben erhalten werden und zur Stärkung des Grundzentrums Dommitzsch beitragen“.

Zum Ziel 6.5.2 ist der Satz: „Das Schulungs- und Referenzzentrum der Sächsischen Polizei in Dommitzsch ist eine Dienststelle des Polizeiverwaltungsamtes“ wie folgt zu fassen: „Das Schulungszentrum in Dommitzsch ist eine Fortbildungseinrichtung der sächsischen Polizei.“

Das Abkürzungsverzeichnis ist wie folgt zu ergänzen:

- SächsPBG: Sächsisches Polizeibehördengesetz
- SächsPVDG: Gesetz über die Aufgaben, Befugnisse, Datenverarbeitung und Organisation des Polizeivollzugsdienstes im Freistaat Sachsen.

Karten

Bei der Karte 1 Raumstruktur fehlt die Achsenendbezeichnung an der überregionalen Achse Leipzig-Grimma-Dresden. Dies ist zu ergänzen.

In Karte U-7 des Umweltberichtes ist eine redaktionelle Korrektur wie folgt vorzunehmen: („Historisch bedeutende Jagdgebiete“).

Die Kostenentscheidung beruht auf § 3 Absatz 1 Nummer 2 des Sächsischen Verwaltungskostengesetzes.

III.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Leipzig, Rathenaustraße 40, in 04179 Leipzig schriftlich oder in elektronischer Form oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts zu erheben.

Wird die Klage in elektronischer Form erhoben, ist sie mit einer qualifizierten elektronischen Signatur im Sinne des Signaturgesetzes zu versehen und über das Elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP) an das Verwaltungsgericht Leipzig zu senden. Nähere Informationen dazu erhalten Sie auf der Internetseite www.justiz.sachsen.de oder auf der Internetseite des Elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfachs www.egvp.de.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Max Winter
Abteilungsleiter
Landesentwicklung, Vermessungswesen